

Denkanstöße zu einer ökonomischen Grundbildung, die in Alternativen denkt

Erarbeitet von der Fachgruppe Politische Bildung/Globales Lernen der DEAE, Februar 2016

Unsere derzeitige Lebens- und Wirtschaftsweise ist keineswegs alternativlos. Mit den „Denkanstößen zu einer ökonomischen Grundbildung, die in Alternativen denkt“ möchte die Fachgruppe Politische Bildung und Globales Lernen der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) Alternativen zu herrschenden Denk- und Verhaltensmustern aufzeigen, welche auch in eine ökonomische Grundbildung einfließen sollten.

Im internationalen Diskurs befasst man sich schon seit einigen Jahren im Kontext von Grundbildung und Literacies mit „Financial Literacy“ oder „Financial Capability“. Als Ursachen für die steigende Relevanz der Thematik werden zumeist die zunehmende Komplexität des Marktgeschehens und die wachsende Eigenverantwortung des Einzelnen und die häufig als defizitär wahrgenommenen ökonomischen Kenntnisse genannt. Das Thema Ökonomische Grundbildung spielt auch in der Erwachsenenbildung in Deutschland aktuell eine große Rolle. Ökonomische Grundbildung wird von unterschiedlichen Anbietern mit unterschiedlichen Zielsetzungen und Adressaten angeboten. In der Evangelischen Erwachsenenbildung bildet sie insbesondere innerhalb der politischen Bildung einen wichtigen Teilbereich.

Die Fachgruppe Politische Bildung und Globales Lernen hält es aufgrund der aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen für sinnvoll, einige Denkanstöße zur ökonomischen Grundbildung zu geben, die das Spezifische einer ökonomischen Grundbildung aus der Perspektive Evangelischer Erwachsenenbildung deutlich machen, und aus ihrer Sicht wichtige Themenfelder und alternative Konzepte zur Diskussion zu stellen und Konsequenzen für die langfristige Weiterentwicklung der evangelischen Erwachsenenbildung zu benennen.

1. Aktuelle Anlässe – offene Fragen

Die weltweite Krise der Banken, der Staatsfinanzen und der Realwirtschaft ist nicht vorbei. Sie wurde vielmehr vertagt. Und obwohl neoliberale Konzepte im Grunde genommen gescheitert sind, schreiten die Liberalisierung der Märkte, der Umbau des Sozialstaats und die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse weiter voran. Auf den ersten Blick geht scheinbar alles weiter wie immer – bis zum nächsten Crash. Die Chance der Krise, nämlich grundsätzliche Fragen nach strukturellen Ursachen zu stellen, Alternativen aufzuzeigen und Veränderungen im Handeln einzufordern bzw. durchzusetzen, wurde von den politisch Verantwortlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsträgern nicht genutzt.

Wäre es in dieser Situation aber nicht genau die Aufgabe der Erwachsenenbildung, insbesondere in der ökonomischen Grundbildung, Alternativen aufzuzeigen und zu diskutieren?

Einen Einblick in Angebote, Akteure und Zielgruppen sowie den weiteren Forschungs- und Entwicklungsbedarf in der ökonomischen Grundbildung in Deutschland gibt die Studie [„Ökonomische Grundbildung für Erwachsene“](#), die 2013 im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erstellt wurde. Sie liegt auch in einer [Kurzfassung](#) vor. Die im Rahmen einer Forschungswerkstatt für diese Studie gewählte Arbeitsdefinition macht die Aufmerksamkeitsrichtung deutlich. Demnach soll Grundbildung vor allem zur individuellen Bewältigung von Alltagssituationen befähigen. Sie sei im Kern Verbraucherbildung. Neben allgemeiner Konsumentenbildung umfasse sie finanzielle

Grundbildung und Arbeitnehmer- und Erwerbstätigenbildung zur Gestaltung der eigenen Erwerbsbiografie. Sie umfasse „Wirtschaftsbürgerbildung“ über ökonomische, politische und rechtliche Rahmenbedingungen, allerdings nur insofern sie einen konkreten Bezug zur individuellen Alltagssituation aufweise. Das Ziel ökonomischer Grundbildung wird vor allem darin gesehen, individuellen finanziellen Problemen und existentiellen Krisen vorzubeugen. Es überrascht daher auch nicht, dass neben Volkshochschulen, Familienbildungsstätten und Bildungswerken der Gewerkschaften auch Verbraucherzentralen, Organisationen von Banken und Sparkassen und Versicherungsträger mit ihren Angeboten in den Fokus genommen wurden. Dass dabei die Grenzen zwischen Beratung und Bildung verschwimmen, ist nur eine der Folgen.

Welche Aspekte ökonomischer Grundbildung gehen aus der Sicht als evangelischer Erwachsenenbildung mit dieser Betrachtungsweise verloren? Wie könnte eine ökonomische Grundbildung aussehen, die mehr ist als Verbraucherbildung?

Das Sozialwort der Kirchen von 2014 [„Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“](#) nimmt die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Herausforderungen der Globalisierung, wachsende Umweltprobleme und den demografischen Wandel und zunehmende soziale Ungleichheiten als Anlass, ein gemeinsames Papier für „eine erneuerte Wirtschafts- und Sozialordnung“ zu formulieren. Es ist ein Konsenspapier der kirchenleitenden Gremien von Katholischer und Evangelischer Kirche in Deutschland. Das ist gewiss einer der Gründe, warum dieses Papier weniger pointiert ist als das Gemeinsame Wort von 1997 [„Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“](#), welches das Ergebnis eines umfassenden Konsultationsprozesses war.

Insgesamt lässt sich das neue Sozialwort als starkes Plädoyer für das Konzept einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft lesen. Die Verfasser sehen in einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft ein Modell, das weltweit zu entwickeln sei und zu dem es „keine überzeugende Alternative“ gibt (S. 36)

Kann die Evangelische Kirche mit einer solchen Festlegung im Gepäck weiterhin eine aktive Rolle im gesellschaftlichen Transformationsprozess spielen? Was bedeutet das für die Ausrichtung einer evangelischen Erwachsenenbildung, insbesondere für ihr Verständnis einer ökonomischen Grundbildung? Welche Aspekte sollte eine ökonomische Grundbildung aufgreifen, die über den Status quo hinausdenkt und die mit unterschiedlichen Akteuren Perspektiven entwickeln will?

2. Ökonomische Grundbildung aus evangelischer Perspektive

2.1. Evangelische Erwachsenenbildung und Grundbildung

Einige Landeseinrichtungen und Bildungswerke der Evangelischen Erwachsenenbildung engagieren sich seit einigen Jahren im Bereich Grundbildung und Alphabetisierung. Ausgelöst wird dieses Engagement meist durch entsprechende Förderprogramme bzw. Modellprojekte der Länder. So in Rheinland-Pfalz mit dem [Kompetenznetzwerk Grundbildung](#) und Alphabetisierung Rheinland-Pfalz (vgl. www.elag.de/grundbildung). Das Projekt will wirkungsvolle und nachhaltige Unterstützungsstrukturen schaffen, um für jede und jeden in Rheinland-Pfalz die Teilhabechancen am sozialen und ökonomischen Leben zu erhöhen.

Wo bereits Aktivitäten bzw. Schwerpunkte im Bereich Grundbildung vorhanden sind, liegt es nahe, dass diese Einrichtungen auch das Thema ökonomische Grundbildung aufgreifen und entsprechende

Angebote entwickeln. Eine Zusammenarbeit mit der Schuldnerberatung der Diakonischen Werke bietet sich hier an. Die Systematisierung erprobter Vermittlungsansätze und die Entwicklung von Curriculum-Bausteinen, beispielsweise aus dem [Projekt CurVe des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung \(D.I.E.\)](#), könnten die Arbeit von Erwachsenenbildner/innen sowie das Feld Grundbildung als Teilbereich von Weiterbildung professionalisieren.

Angesichts zurückgehender Ressourcen Evangelischer Erwachsenenbildung stellt sich die kritische Frage, ob es die Aufgabe kirchlicher Bildungsarbeit ist, neben vielen anderen Akteuren Angebote in Verbraucher- und Konsumentenbildung und speziell der finanziellen Grundbildung vorzuhalten.

2.2. Fragen an eine Ökonomische Bildung in evangelischer Verantwortung

Müsste sich Evangelische Erwachsenenbildung nicht eher durch eine pluralistische ökonomische Denkweise und ein kritisches sozialwissenschaftliches Reflexionswissen auszeichnen? Müsste Evangelische Erwachsenenbildung sich nicht eher mit den Problemlagen der Wirtschaft und des Wirtschaftens, die bei der Produktion, Verteilung und Konsumtion von Gütern und Dienstleistungen entstehen, beschäftigen? Und stünde dann nicht die Lösung gesellschaftlicher Problemlagen des Wirtschaftens im Zentrum evangelischer Bildungsverantwortung und Themen wie Zukunft der Arbeit, die Ausdehnung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, der steigenden Wettbewerbs- und Leistungsdruck, die hohen psychischen und sozialen Kosten, der starken und zunehmenden Vermögenskonzentration, der national und international wachsenden sozialen Ungleichheit, mit dem Verhältnis von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung oder der Externalisierung menschlicher, sozialer und ökologischer Kosten zu Lasten weniger entwickelter Weltregionen.

Diese umfassende Beschreibung ökonomischer Bildung geben Gerd E. Famula und weitere Wissenschaftler/innen in dem Aufsatz: [Bessere ökonomische Bildung: problemorientiert, pluralistisch, multidisziplinär](#). In: Aus Politik und Zeitgeschichte 12/2011, S. 53)

Die Autorinnen und Autoren propagieren diesen Ansatz ökonomischer Bildung für den Schulunterricht und fordern Wissenschaftsorientierung und Pluralismus, soziologisches und politikwissenschaftliches Wissen mit der Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler zu verknüpfen.

Kann Evangelische Erwachsenenbildung hinter diesem Anspruch ökonomischer Bildung zurück bleiben?

2.3 Evangelische Bildungsverantwortung

Zur evangelischen Bildungsverantwortung gibt es zahlreiche Quellen. Wir beschränken uns an dieser Stelle auf einige zentrale Aussagen aus der Orientierungshilfe der EKD [„Kirche und Bildung“](#) von 2009 und der Denkschrift der EKD [„Umkehr zum Leben. Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels“](#), ebenfalls aus dem Jahr 2009:

Prinzipien für kirchliches Bildungshandeln: (Kirche und Bildung, Seite 42)

„Bildung ist aus evangelischer Sicht räumlich auf dieser Erde auszurichten auf Erziehung zum Frieden, Achtung der freiheitlichen Rechtsordnung, Förderung sozialer Gerechtigkeit, Fürsorge für das verehrbare Leben und Verständigung mit Menschen anderer Kulturen und Religionen“.

Verantwortung für nachfolgende Generationen (Kirche und Bildung, S.46 ff)

„Intergenerationelle Verantwortung schließt die Berücksichtigung der Rechte und zukünftigen An-

sprüche von Kindern und Jugendlichen sowie der nachfolgenden Generationen insgesamt ein. Dies betrifft den Umgang mit den natürlichen Ressourcen wie etwa Erdöl sowie mit dem Ökosystem als Ganzem“.

Schöpfungsglaube, Gerechtigkeit und Umkehr (Umkehr zum Leben, Seite 107 – 108)

„Als evangelische Kirche sind wir davon überzeugt, dass zur Abmilderung der Folgen des Klimawandels und für die Erhaltung der Lebensgrundlagen für künftige Generationen ein einschneidender Mentalitätswandel in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nötig ist. Eine solche Wende zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise verlangt nach einer Umkehr, die die Bibel »Metanoia« nennt, eine radikale und umfassende Umkehr. Wir bekennen, dass wir mit dem in den Industriestaaten vorherrschenden Lebensstil und einem allein auf Wachstum setzenden Wirtschaftssystem dieser Verantwortung gegenüber Gottes Schöpfung nicht gerecht geworden sind. Unser Lebensstil und unsere Wirtschaftsweise tragen dazu bei, dass die Ressourcen der Schöpfung in unverantwortlicher Weise ausgebeutet und Menschen ihrer Lebensgrundlagen und ihrer Lebenschancen beraubt werden. Damit machen wir uns schuldig vor Gott, seiner Schöpfung und unseren Mitmenschen. Der erste Schritt zur Umkehr muss deshalb sein, dass wir uns unser Versagen eingestehen und es nicht länger leugnen, schönreden oder die Probleme auf Nebenschauplätze verschieben.“

Kaum noch überschaubar ist die Reihe der Texte, Synodenbeschlüsse und Verlautbarungen hochrangiger Kirchenvertreter/innen, die alle in dieselbe Richtung weisen. Sie alle ließen sich unter das Stichwort fassen: „Ethik des Genug“

2.3. Ethik des Genug

Aber nicht nur in den christlichen Kirchen Deutschlands, sondern auch in der weltweiten Ökumene gibt es lebhaftere Diskussionen zu den Grenzen des Wachstums. Diese Diskussionen wurden bereits im Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) geführt, bevor sich in Deutschland ein verstärktes Problembewusstsein für diese Fragen entwickelt hat. Schon in den 70er Jahren mehrten sich im ÖRK die kritischen Stimmen gegenüber dem Fortschrittsoptimismus und man stellte zunehmend den Primat der sozialen Gerechtigkeit gegenüber dem Wirtschaftswachstum in den Mittelpunkt. Einen neuen Akzent setzte die Vollversammlung des ÖRK in Canberra 1991. Sie entwickelte auf der Basis einer erneuerten Schöpfungstheologie Grundlinien einer „Ökologischen Wirtschaftsethik“. Die Vollversammlung forderte eine kritische Überprüfung ökonomischer Grundsätze und mahnte an, zukünftig stärker zwischen Wachstum und Entwicklung zu unterscheiden. Denn Viele, die sich für eine nachhaltige (sustainable) Entwicklung einsetzen, hätten letztlich nichts anderes getan als Wachstum zu fördern. Aber Wachstum um des Wachstums willen kann nur zu Zerstörung und Tod führen. Sinnvolle Entwicklung hingegen gehe auf das Ökosystem ein. (siehe hierzu ausführlich: [Nikolaus Schneider: Ethik des Genug – Impulse aus der Ökumene und der kirchlichen Entwicklungsarbeit](#)). Beitrag zur Vorlesungsreihe „Wohlstand ohne Wachstum?“ an der Technischen Universität Berlin, 31.01.2013.

Diese Diskussion in der Ökumene wurde in den folgenden Jahren mit unterschiedlichen Akzenten und immer weiterer Zuspitzung weitergeführt. Selbst in einer Erklärung des ÖKR zu Mission und Evangelisation aus dem Jahr 2012 wurde gefordert, dass Christen bestehende Paradigmen in Frage stellen: „Die missionarische Spiritualität treibt uns an, Gottes Ökonomie des Lebens und nicht dem Mammon zu dienen, unser Leben mit anderen am Tisch Gottes zu teilen, statt unsere persönliche Gier zu befriedigen, uns für den Wandel zu einer besseren Welt einzusetzen und das Eigeninteresse der Mächtigen, die den Status quo aufrecht erhalten wollen, zu hinterfragen.“ (Nikolaus Schneider, a.a.O.)

Man kann daher ohne Übertreibung sagen, dass die Kirchen in der weltweiten Ökumene schon vieles vorgedacht und aufgenommen haben, was heute in den politischen und gesellschaftlichen Debatten eine Rolle spielt.

Bis zu dem Beschluss der 11. Synode der EKD sich an dem Prozess der gesellschaftlichen Transformation zu beteiligen, gab es Vorläufer und Meilensteine, die hier chronologisch, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, aufgeführt sind:

- **1983:** Vollversammlung der Weltkirchenrates in Vancouver: Konziliarer Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung
- **1987:** Vorbereitung einer Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR durch die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR
- **1989:** Erste Europäische Ökumenische Versammlung „Frieden in Gerechtigkeit“ in Basel
- **1990:** Ökumenische Weltversammlung in Seoul
- **1996:** Studie „Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung“, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.
- **1997:** Gemeinsames Wort zu wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland
- **2002:** Konsultation „Wirtschaften im Dienst des Lebens“
- **2008:** Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte“, Wuppertal Institut, im Auftrag von BUND, Brot für die Welt und Evangelische Entwicklungsdienst (EED)
- **2011:** „Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation.“ Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen

2.4. Kirchliche Beteiligung am Prozess gesellschaftlicher Transformation

Am 8. und 9. Juni 2012 veranstalteten der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Naturschutzring und Einrichtungen der Evangelischen Kirche in Deutschland den Transformationskongress „Nachhaltig handeln, Wirtschaft neu gestalten, Demokratie stärken“. Abseits der tagespolitischen Hektik wurde über die Zukunft von Arbeit und Demokratie, die Neuordnung der Wirtschaft, über Verteilungsfragen und die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung auf eine nachhaltige Entwicklung diskutiert.

Die EKD, die nicht offiziell Mitveranstalter des Transformationskongresses war, faßte dann auf der 5. Tagung der 11. Synode der EKD vom 1. – 7. November 2012 den Beschluss zur kirchlichen „Beteiligung am Prozess gesellschaftlicher Transformation – nachhaltig handeln – Wirtschaft neu gestalten – Demokratie stärken“. Die Synode sprach sich dafür aus, den sehr breit geführten Transformationsdiskurs auf Schlüsselthemen nachhaltiger Entwicklung auf folgende Schlüsselthemen zu fokussieren und konkretisieren:

- Wachstum und Wohlstand – Ethik des Genug – Verteilungsgerechtigkeit
- Wirtschaft im Dienst des Lebens – Rahmenbedingungen für eine ökologische soziale Marktwirtschaft
- Nachhaltige Gestaltung der Energiewende
- Gesellschaftliche Partizipation – Teilhabegerechtigkeit

Der Politikwissenschaftler und ehemaliger Direktor der Evangelischen Akademie Loccum, Fritz Erich Anhelm, empfiehlt dazu ein paar grundlegende Analysen aus unterschiedlichen Studien und Stellungnahmen

men im Zusammenhang zu lesen:

- 2011: Bericht der Ethik-Kommission der Bundesregierung Sichere Energieversorgung (Töpfer-Kommission) zum Gemeinschaftswerk Energiewende
- 2013: Vorschlag für einen neuen sozial-ökonomischen Indikatorenansatz zur Ergänzung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) durch die Enquete-Kommission des Bundestages Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität.
- 2014: Armut- und Reichtums-Bericht der Bundesregierung

Befragt nach der Rolle der Kirche in dem Prozess der Transformation antwortet Anhelm: „Ein Gesamtplan kirchlichen Handelns, der die ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekte der Transformation aufeinander bezieht, tut not. Damit könnten die Kirchen gesellschaftlich einen deutlichen Impuls setzen, der ihre Glaubwürdigkeit erhöht und aus der Agonie verbreiteter Rückbaumentalitäten befreit. Der "Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" tritt in seine Konkretisierungsphase.“ ([Reformation. Macht. Politik. Materialheft zum Themenjahr „Reformation und Politik“](#), hrsg. vom Kirchenamt der EKD 2014, S. 98).

Aus der Zusammenstellung der Grundüberzeugungen kirchlicher Bildungsarbeit, dem Bekenntnis, dass Kirche ihrer Verantwortung gegenüber der Schöpfung Gottes nicht gerecht geworden ist, in Anerkennung der ökumenischen Beschlüsse und dem Bekenntnis zur radikalen und umfassenden Umkehr und der Einsicht, dass Kirche ihr Versagen nicht länger leugnen oder schön reden kann, ergibt sich die Schlussfolgerung, dass evangelische Erwachsenenbildung sich in den Dienst einer Ethik des Genug stellen muss. Sie ist parteiisch für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Sie muss aufklären, Fehlentwicklungen benennen, Missstände aufdecken, sich einmischen, zur Umkehr ermutigen, neue Bündnisse mit Akteuren der Zivilgesellschaft eingehen, Druck auf politische Entscheidungsträger ausüben, Alternativen wirtschaftlichen Handels aufzeigen und jede Gelegenheit ergreifen, wo konkretes Handeln lokal und regional sinnvoll und notwendig ist.

3. Reflexionskategorien

Bei der Auswahl von Themenfeldern für eine ökonomische Grundbildung in evangelischer Perspektive spielt neben der gesellschaftspolitischen Relevanz und dem Lebensweltbezug eine Haltung, die im christlichen Glauben begründet ist, eine entscheidende Rolle. Dazu gehört insbesondere ein Menschenbild, welches von der einmaligen und unveräußerlichen Würde des Menschen und der Verantwortung des Menschen für die gesamte Schöpfung bestimmt ist. Vor diesem Hintergrund erscheinen die folgenden Reflexionskategorien, die mitunter auch in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen, für eine ökonomische Grundbildung von besonderer Bedeutung:

Gerechtigkeit

Gerechtigkeit ist einer der biblischen Schlüsselbegriffe, und sie umfasst alles, was eine heile Existenz des Menschen ausmacht. Mit dem Begriff der sozialen Gerechtigkeit wird besonders die Ermöglichung gleicher Chancen und gleichwertiger Lebensbedingungen betont. Für eine ökonomische Grundbildung rücken insbesondere Fragen der Verteilungs- und Beteiligungsgerechtigkeit in den Mittelpunkt. Gerechte Teilhabe an Gesellschaft ist letztlich auch eine Frage von Einkommen und

Vermögen. „Beteiligungs- und Verteilungsgerechtigkeit gehören zusammen“ ([„Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“](#); S. 22)

Nachhaltigkeit

Der Begriff der Nachhaltigkeit ist zwar in aller Munde, aber was konkret damit gemeint ist, bleibt oft vage oder Begriff wird vollkommen inhaltsleer benutzt. Wenn die Forderung nach Nachhaltigkeit wirklich ernst genommen wird, bedeutet sie einen grundlegenden Kurswechsel in allen Bereichen - eine Transformation der Gesellschaft. Denn es geht sowohl um die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, als auch um soziale Gerechtigkeit und eine ausgewogene und selbstbestimmte soziale und wirtschaftliche Entwicklung für alle Länder. Für eine ökonomische Grundbildung in christlicher Perspektive bedeutet die Beschäftigung mit Nachhaltigkeit, Bewusstsein zu wecken für die Verantwortung für die Schöpfung und für die Vernetzung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Problematiken. Wie müsste ein Wandel der Wirtschaftsweise und der Lebensmodelle aussehen? Im Rahmen des Ökumenischen Prozesses „Umkehr zum Leben – den Wandel gestalten“ werden Wege zur Mitwirkung der Kirchen an der Gestaltung der Großen Transformation zur Nachhaltigkeit gesucht und erprobt. www.umkehr-zum-leben.de

Armut und Reichtum

Die vorrangige Option für die Armen, Schwachen und Benachteiligten gehört zu den grundlegenden ethischen Prinzipien des Christentums. Die Frage nach der Verteilung von Reichtum und Armut in unserer Gesellschaft und die weltweit wachsende soziale Ungleichheit, werden damit zu zentralen Fragen, welche auch Bestandteil einer ökonomischen Grundbildung sein sollten. Soziale Ungleichheit sollte sowohl als Frage der Gerechtigkeit, aber auch unter dem Aspekt der gesellschaftlichen Exklusion und der Gefahr für die Demokratie diskutiert werden.

Arbeit

Zum protestantischen Selbstverständnis gehört die Vorstellung, dass der Mensch für ein tätiges Leben geschaffen sei. Arbeit ist im protestantischen Arbeitsethos eng mit Menschenwürde verknüpft. Dabei ist Arbeit mehr als Erwerbsarbeit. Schon seit einigen Jahren wird auch in kirchlichen Kontexten ein neues Arbeitsverständnis diskutiert und gefordert (vgl. z.B. das Gemeinsame Wort von 1997 [„Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“](#), Kap. 4.4) Als Fragestellungen in Bezug auf das Thema „Arbeit“ könnten z.B. sein: die Problematisierung des Arbeitsbegriffs in den vorherrschenden ökonomischen Konzepten oder der Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Machtverhältnissen. Als konkrete Fragestellungen *bieten* sich an: Wer macht in einer Gesellschaft welche Arbeit? Wie wird diese Arbeit bewertet? Wie sehen Muster einer globalen Arbeitsteilung aus?

Neoliberalismus

Neoliberales Gedankengut, Theorien und Konzepte dominieren nicht nur die ökonomische Sphäre, sondern scheinen inzwischen nahezu alle Lebensbereiche zu durchdringen, auch die Bildungsarbeit. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus scheint daher unerlässlich. Warum ist der Neoliberalismus trotz weltweiter Finanz- und Wirtschaftskrise noch immer so erfolgreich? Was steckt hinter der Vorstellung eines autonomen, Nutzen maximierenden Subjekts? Wo liegen die Grenzen der Märkte? Was passiert, wenn der Effizienzgedanke alle Lebensbereiche durchdringt?

Wachstum

In der herrschenden Ökonomie wird die Notwendigkeit wirtschaftlichen Wachstums nicht in Frage

gestellt, sie ist vielmehr ein Indikator für gesellschaftlichen Fortschritt und Wohlstand. Eine ökonomische Grundbildung sollte einen kritischen Blick auf den Wachstumsbegriff an sich und die angenommene Notwendigkeit stetigen Wachstums werfen. Wo liegen die Grenzen des Wachstums?

4. Alternativen

Der Anspruch einer ökonomischen Grundbildung in evangelischer Perspektive ist es, Denkanstöße zu liefern, die über den Status quo hinausgehen und Alternativen aufzeigen. Schon seit vielen Jahren werden in vielfältigen Initiativen, Organisationen und Institutionen innerhalb und außerhalb von Wissenschaft und Forschung hierzu Ideen und Modelle für eine Ökonomie entwickelt, die den Anspruch haben, an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet und somit menschengerecht zu sein. Als Anregung zum Weiterdenken seien einige grundsätzliche Überlegungen skizziert:

Postwachstumsökonomie

Als Postwachstumsökonomie wird eine Wirtschaft bezeichnet, die ohne Wachstum des Bruttoinlandsprodukts über stabile, wenngleich mit einem vergleichsweise reduzierten Konsumniveau, einhergehende Versorgungsstrukturen verfügt. Die Postwachstumsökonomie grenzt sich von landläufigen, auf Konformität zielende Nachhaltigkeitsvisionen wie „qualitatives“, „nachhaltiges“, „grünes“, „dematerialisiertes“ oder „decarbonisiertes“ Wachstum ab. Das Konzept der Postwachstumsökonomie orientiert sich an einer Suffizienzstrategie und dem Rückbau industrieller, insbesondere global arbeitsteiliger Wertschöpfungsprozesse zugunsten einer Stärkung lokaler und regionaler Selbstversorgungsmuster.

Weitere Informationen: Prof. Dr. Nico Paech: Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, München 2012

Bedingungsloses Grundeinkommen

Ideen, alle Bürgerinnen und Bürger eines Landes ohne weitere Gegenleistungen mit einem Grundeinkommen auszustatten, gibt es schon seit einigen Jahren und zwar weltweit. Damit könnte ein Weg aus der gesellschaftlichen Fixierung auf monetär entlohnte Arbeit gefunden sein. Die grundsätzliche Begründung eines Bedingungslosen Grundeinkommens wird darin gesehen, dass es jedem Menschen ermöglicht wird, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Das Bedingungslose Grundeinkommen soll die Voraussetzung zur Selbstverwirklichung mit Tätigkeiten schaffen, die nicht mit Erwerbsarbeit verbunden ist, wie z.B. Kindererziehung, Pflege und Haushaltsführung.

Weitere Informationen: <https://www.grundeinkommen.de/>

Care - Anregungen aus der feministischen Ökonomie

Grundlegend für feministische Ansätze in der Ökonomie ist ein Bild vom Menschen als sozialem Wesen, das stets in Beziehung zu anderen und seiner natürlichen Umwelt steht. In einem umfassenden Verständnis von Ökonomie wird der Blick geweitet von der Marktökonomie zu Formen von unverzichtbaren Tätigkeiten wie Fürsorge, Pflege und Erziehung in bezahlter und unbezahlter Form. In der Debatte um Care-Arbeit wird der Fokus auf die Bedürftigkeit des Menschen und die Wichtigkeit von Sorgearbeit gelegt. Ein erweiterter Arbeitsbegriff ist daher wesentlicher Bestandteil einer Ökonomie aus feministischer Perspektive.

Weitere Informationen: [Gabriele Winker](#): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft, Bielefeld 2015

Ina Praetorius: Wirtschaft ist Care oder: Die Wiederentdeckung des Selbstverständlichen, Berlin 2015, <https://www.boell.de/sites/default/files/2015-02-wirtschaft-ist-care.pdf>

Dynamische Analyse

Mit Hilfe der Dynamischen Analyse lässt sich die Erkenntnis ableiten, dass in unseren Wirtschaftssystemen effiziente Mechanismen am Werk sind, die zu einer Umverteilung der Vermögen von "unten nach oben" und schließlich zu einer Polarisierung der Gesellschaft führen. Das Verständnis der Ursachen der massiven Umverteilung von Vermögen in unseren Wirtschaftssystemen ist die Voraussetzung für jegliche Vorschläge sinnvoller Reformen, die eine Besserung der krisenhaften ökonomischen Entwicklung einleiten.

Weitere Informationen: Prof. Dr. Jürgen Kremer: Grundlagen der Ökonomie: Geldsysteme, Zinsen, Wachstum und die Polarisierung der Gesellschaft", Marburg 2012

Suffizienz

Es geht nicht darum, immer effizienter zu produzieren, sondern darum suffizienter zu leben. Suffizienz betrifft sowohl die Ebene der individuellen Lebensweise und des individuellen Handels, also beispielsweise Fragen nach Selbstbegrenzung, Konsumverzicht oder Entschleunigung, als auch die politische Ebene von Suffizienz. Das heißt, gemeinsam auszuhandeln, was produziert und unter welchen Bedingungen es produziert werden soll, und wie eine gesellschaftliche Debatte darüber zu führen ist und ob die sozialen und ökologischen Folgen für eine Gesellschaft tragbar sind.

Weitere Informationen: Uwe Schneidewind, Angelika Zahmt: Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik, München 2013

Gemeinwohlökonomie

Gemeinwohl-Ökonomie bezeichnet ein Wirtschaftssystem, das auf gemeinwohlfördernden Werten aufgebaut ist. Wirtschaftlicher Erfolg wird nicht länger an den Mitteln des Wirtschaftens gemessen (Geld, Kapital, Finanzgewinn), sondern an den Zielen (Bedürfnisbefriedigung, Lebensqualität, Gemeinwohl). Je sozialer, ökologischer, demokratischer und solidarischer Unternehmen sich organisieren, desto bessere Bilanzergebnisse erreichen sie. Je besser die Gemeinwohl-Bilanz-Ergebnisse der Unternehmen in einer Volkswirtschaft sind, desto größer ist das Gemeinwohl-Produkt. Die Unternehmen mit guten Gemeinwohl-Bilanzen erhalten rechtliche Vorteile: niedrigere Steuern, geringere Zölle, günstigere Kredite, Vorrang beim öffentlichen Einkauf und bei Forschungsprogrammen. Ethische, ökologische und regionale Produkte und Dienstleistungen werden billiger als unethische, unökologische und globale.

Weitere Informationen: Christian Felber: Die Gemeinwohl-Ökonomie – Das Wirtschaftsmodell der Zukunft, Wien 2014

Soziale Dreigliederung

Die soziale Dreigliederung ist der Gedanke einer Neuordnung von Kultursphäre, Ökonomie und Staat nach Rudolf Steiner, indem durch Entflechtung und Gliederung Selbstverwaltungsräume eröffnet werden. Der Staat soll nur dort – auf der Basis demokratischer Gleichheit – allgemeine Regeln und Grenzen definieren, wo Individuallösungen sachlich unangemessen sind oder noch nicht gelingen. Dadurch könnte sich das Kulturleben immer mehr in freier Selbständigkeit entfalten, während sich im

Wirtschaftsleben eine soziale und ökologische Selbstverantwortlichkeit und solidarische Zusammenarbeitsformen entwickeln könnten.

Mehr Informationen:

<http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Wirtschaftsleben.pdf>

Freiwirtschaft/Natürliche Wirtschaftsordnung

Auf der Grundlage einer Geld- und Bodenreform will die Freiwirtschaft eine stabile und freiheitliche Marktwirtschaft ohne Monopolrenten durch den Besitz von Geld bzw. Eigentum an Boden oder Handelsrechten erreichen. Angelehnt an die Ideen des Sozialreformers Silvio Gesell stehen Befürworter der Freiwirtschaft (z. B. INWO, Initiative für freie Marktwirtschaft) für die Einführung eines umlaufgesicherten Geldes (Freigeld) und für eine Bodenreform (Freiland).

Weitere Informationen: Werner Onken: Silvio Gesell und die Natürliche Wirtschaftsordnung. Eine Einführung in Leben und Werk, Lütjenburg 1999

INWO: <http://www.inwo.de/>

Regiogeld

Regiogeld ergänzt den Euro um ein regionales Zahlungsmittel - meist in Form von Gutscheinen - und dient dem Gemeinwohl. Es bindet die Kaufkraft an die Regionen, fördert die regionalen Unternehmen und stimuliert regionale Wirtschaftskreisläufe. Es hilft, regionale Produkte abzusetzen, neue Umsätze zu ermöglichen und Arbeitsplätze zu schaffen. Regionales Wirtschaften verkürzt die Transportwege und schont die Umwelt. Der Regiogeld-Verband mit Sitz in Magdeburg verzeichnet etwa 30 aktive Regionalwährungen in Deutschland, die in einer Karte fortlaufend aktualisiert werden.

Weitere Informationen: <http://regionetzwerk.blogspot.de/>

Gemeingüter

Zu Gemeingütern (Commons, Allmende) zählen nicht nur Land, Wasser, Luft und Saatgut sondern auch immaterielle Güter wie Wissen und Kultur oder öffentliche Räume und Bildung. Gemeingüter werden in unterschiedlichen Gemeinschaftsformen von der Familie bis zur Weltgesellschaft geschaffen, gepflegt und immer wieder neu definiert. Gleichwohl verwendet die Wirtschaft überliefertes Wissen und verfügbare Rohstoffe zur Herstellung von Konsumgütern, Kultur und Bildung, betreibt dabei aber auch Raubbau an Ressourcen und vorhandenem Wissen. Je mehr das gegenwärtige Wirtschaftssystem seine Schwächen offenbart, desto lauter wird die Suche nach Alternativen: Menschen gründen Bürgergesellschaften, gestalten interkulturelle Gärten, betreiben nachhaltige und ökologische Landwirtschaft, gründen gemeinschaftliche Wirtschafts- und Lebensformen, erstellen freie Software und freies Wissen, schaffen freie Filme, Musik und Bilder. Bücher werden unter Creative Commons veröffentlicht und damit dem Wissen der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt, gegen Patente wird Einspruch erhoben, Medizinische Forschung wird gerecht gestaltet und Saatgut dezentral und regional von ländlichen Gemeinden verwaltet.

Weitere Informationen: „Gemeingüter stärken. Jetzt!“ Thesenpapier in kollektiver Autorenschaft im Rahmen des Politischen Salons der Heinrich-Böll-Stiftung „Zeit für Allmende“ 2008/2009

Andere Modelle von Wohlstand

Die Wohlstandsbemessung allein am Bruttoinlandsprodukt ist unzureichend, denn nicht nur materieller Wohlstand ist wichtig, sondern viele weitere Aspekte führen zu menschlichem und gesellschaftlichem Wohlstand und Wohlbefinden. Was macht ein gutes Leben aus? Den Blick weiten hier z.B.

philosophische Ansätze wie der der amerikanischen Philosophin Martha Nussbaum. Gerechtigkeit und gutes Leben werden bei ihr über die Möglichkeit zur Entfaltung von Fähigkeiten definiert.

Weitere Informationen: Martha Nussbaum: Gerechtigkeit oder das gute Leben, Frankfurt 1999

Schulung Genossenschaft

Hier werden Menschen zu Fachleuten für die Gründung von Energiegenossenschaften ausgebildet. Bürgerinnen und Bürger sollen dazu befähigt werden, die Frage der Energieversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Nach sechs Jahren kann das Projekt jetzt auf vielfältige Erfahrungen zurückblicken.

Weitere Informationen: „[Projektentwickler/in für Energiegenossenschaften](#)“.